

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 23/0534/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Immobilienmanagement		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		AZ:	
		Datum:	15.01.2019
		Verfasser:	DEZ. VI
Spekulativen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum wirksam bekämpfen – Erlass einer Wohnraumschutzsatzung hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen Grüne und Die Linke vom 17.12.2018			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
05.02.2019	Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss	Kenntnisnahme	

Beschlussvorschlag:

Der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekos- ten (alt)	Folgekos- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Erläuterungen:

Mit dem Ratsantrag „Spekulativen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum wirksam bekämpfen - Erlass einer Wohnraumschutzsatzung“ vom 19.11.2018 (Nr. 415/17) beantragen die Fraktionen Grüne und Die Linke, eine Wohnraumschutzsatzung für Aachen auf Grundlage des Paragraphen 10 Wohnungsaufsichtsgesetz NRW seitens der Verwaltung erarbeiten zu lassen und diese anschließend dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Aufstellung einer Zweckentfremdungssatzung – hier: Sachstandsbericht über Airbnb sowie Maßnahmen zur Beseitigung des Leerstands Block Adalbertstraße / Kaiserplatz / Stiftstraße“, der aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses vom 23.01.2018 in der laufenden Ausschusssitzung beraten wurde, wurde hinsichtlich der Entwicklung rund um das Homesharingportal Airbnb und die festgestellten Leerstände in diversen Wohneinheiten die Aufstellung einer Zweckentfremdungssatzung bereits zur Beschlussfassung vorgelegt.

Folglich gilt der Ratsantrag Nr. 415/17 durch vorgenannten Tagesordnungspunkt als bearbeitet.

Anlage:

Ratsantrag der Fraktionen Grüne und Die Linke vom 19.11.2018

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

19.11.2018

Ratsantrag

**Spekulativen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum
wirksam bekämpfen – Erlass einer Wohnraumschutzsatzung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von LINKEN und GRÜNEN beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Wohnraumschutzsatzung für Aachen auf Grundlage des Paragraphen 10 Wohnungsaufsichtsgesetz NRW zu erarbeiten und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Der Wohnungsmarktbericht hat deutlich gemacht, dass aktuell in der Stadt Aachen rund 4500 Wohnungen fehlen. Bis zum Jahr 2035 fehlen voraussichtlich sogar 10.000 Wohnungen. Vor diesem Hintergrund ist es aktuell neben verstärkten Anstrengungen beim Wohnungsneubau geboten, dem Beispiel anderer Städte wie Köln, Bonn oder Münster zu folgen und der Verwaltung mit dem Erlass einer Wohnraumschutzsatzung ein Instrument an die Hand zu geben, Zweckentfremdung und spekulativen Leerstand unterbinden zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seutert
Fraktionssprecherin



Leo Deumens
Fraktionsvorsitzender